

INFORMATIONSPFLICHT BEI ERHEBUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN NACH ART 13 BZW. 14 DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

Ombudsstelle für gute wissenschaftliche Praxis

Die Johannes Kepler Universität Linz (in der Folge „JKU“) informiert Sie im Folgenden über die automationsunterstützte Verarbeitung Ihrer personenbezogenen (genauer: auf Sie beziehbarer persönlicher) Daten im Sinne des Art 4 Z 1 Datenschutz-Grundverordnung (in der Folge „DSGVO“), deren Schutz das geltende Datenschutzrecht¹ dient. Unter automationsunterstützter Verarbeitung ist im Sinne des Art 4 Z 2 DSGVO insbesondere die Erhebung, Erfassung und Speicherung personenbezogener Daten mit Hilfe automatisierter (technischer) Verfahren zu verstehen.

I. Kontaktdaten der Verantwortlichen:

Verantwortliche der in der Folge beschriebenen Datenverarbeitung ist die Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Altenberger Straße 69, 4040 Linz, datenschutz@jku.at.

Der Datenschutzbeauftragte ist erreichbar unter Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Stabstelle Datenschutz, Altenberger Straße 69, 4040 Linz, datenschutz@jku.at.

II. Hintergrund der Verarbeitung / Angabe des Zweckes, für welchen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen / Quellen von personenbezogenen Daten/ Rechtsgrundlage der Verarbeitung / Kategorien von EmpfängerInnen der personenbezogenen Daten:

1. Die Ombudsstelle für gute wissenschaftliche Praxis der JKU ist die erste Anlaufstelle für ForscherInnen und nimmt in ihrer Funktion Vorwürfe und Hinweise wissenschaftlichen Fehlverhaltens von Angehörigen des wissenschaftlichen Personals der JKU im Sinne der Richtlinie zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis (Nr. 8201) entgegen.

Im Rahmen der obengenannten Datenverarbeitung werden von der JKU zu Zwecken der Bearbeitung der eingelangten Anliegen und der Überprüfung der Plausibilität der erhobenen Vorwürfe sowie zum Zweck der Durchführung von Vorerhebungen durch die Ombudsstelle und eines allenfalls daran anschließenden Ermittlungsverfahrens der Fachkommission aufgrund ernst zu nehmenden Hinweisen insbesondere folgende personenbezogene Daten erhoben:

- HinweisgeberIn: E-Mail-Adresse, sowie allenfalls weitere bekannt gegebene personenbezogene Daten und Informationen, z.B. Vorname, Nachname und Kontaktdaten, Sachverhaltsbeschreibung inkl. Vorwürfe und Hinweise wissenschaftlichen Fehlverhaltens und die E-Mail-Korrespondenz;
- Betroffene/r wissenschaftliche/r MitarbeiterIn: allfällige vom/von der HinweisgeberIn zur Verfügung gestellte personenbezogenen Informationen, gegebenenfalls Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen, Stellungnahmen;

¹ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (**DSGVO**); Bundesgesetz zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (**DSG**), BGBl. I Nr. 165/1999 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2019; Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (**Die Datenschutz-Richtlinie für den Bereich Justiz und Inneres**), umgesetzt in den §§ 36-61 DSG.

- Allfällige im Zuge der Kontaktaufnahme oder im Rahmen der Durchführung von Vorerhebungen oder im Rahmen des Ermittlungsverfahrens übermittelten Dokumente samt Daten (z.B. Paper und Forschungsdaten);
- Dokumentation des gesamten (Ermittlungs-) Verfahrens;
- Gegebenenfalls personenbezogene Daten von weiteren Personen, deren Rechte aufgrund des Verdachtes auf wissenschaftliches Fehlverhalten beeinträchtigt sind;
- Gegebenenfalls personenbezogene Daten (wie z.B. Kontaktdaten, Meinungen, Überzeugungen und Werturteile) von externen GutachterInnen.

2. Rechtsgrundlage für die konkrete Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist der Zulässigkeitstatbestand des Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO iVm § 3 Z 1 Universitätsgesetz 2002 und der Richtlinie zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis (Nr. 8201). Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist zur Wahrung berechtigter Interessen der JKU, die jenen der betroffenen Personen überwiegen und im Besonderen zur Entwicklung der Wissenschaften (Lehre und Forschung) und zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis mit dem Ziel der Erhaltung eines hohen Maßes an Qualität der Forschung sowie der Aufdeckung und Ahndung von allfälligen Verstößen gegen die Prinzipien der wissenschaftlichen Ethik erforderlich. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der externen GutachterInnen erfolgt auf Grundlage der Vertragsabwicklung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

3. Empfänger/innen der personenbezogenen Daten sind die für die entsprechende Abwicklung notwendigen Organisationseinheiten der JKU – im Besonderen das Vizerektorat für Forschung und die Rechtsabteilung – sowie allfällige externe GutachterInnen (wie z.B. die Österreichische Agentur für wissenschaftliche Integrität).

4. Die personenbezogenen Daten werden unter Umständen in ein Drittland (EU- bzw. EWR-Ausland) oder an eine internationale Organisation übermittelt, sofern aufgrund besonderer Umstände die Hinzuziehung von internationalen GutachterInnen erforderlich ist.

In Bezug auf jene personenbezogenen Daten, die bei der betroffenen Person direkt erhoben werden, besteht grundsätzlich keine Verpflichtung zur Bereitstellung. Ohne Verarbeitung dieser Daten kann jedoch unter Umständen der unter **Punkt 1** beschriebene Zweck nicht erreicht werden.

III. Angabe der Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

Die Speicherung bzw. Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer gesetzlicher Aufbewahrungsfristen bzw. etwaiger bestehender Rechtsansprüche. Darüber hinaus wird die die Speicherdauer nach Maßgabe der für die Speicherdauer festgelegten Kriterien, wie der Aktualität und Relevanz in Hinblick auf den oben genannten Zweck bzw. bis zum Widerspruch durch die betroffene Person festgelegt.

IV. Information über die Betroffenenrechte:

Nach der DSGVO haben Sie gegenüber der Verantwortlichen (siehe Punkt I. Kontaktdaten der Verantwortlichen) folgende Betroffenenrechte:

- Recht auf Auskunft
- Recht auf Berichtigung und Löschung
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Widerspruchsrecht
- Recht auf Datenübertragbarkeit

V. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Darüber hinaus können Sie sich über eine Ihrer Auffassung nach unzulässige Datenverarbeitung bei der österreichischen Datenschutzbehörde, Barichgasse 40-42, 1030 Wien, Tel. +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at beschweren.

Stand: April 2020